



DIE UNRÜHMLICHE ROLLE VON EX-KANZLER SCHRÖDER BEI DER UMVOLKUNG DEUTSCHLANDS

20 Jahre Einbürgerung, 20 Jahre Islamisierung

Von M. KUHN | Heute wissen wir: das rotgrüne Einbürgerungsgesetz von 1998 war ein historischer Fehler. Es war ein Fehler, Millionen von türkischen und anderen islamischen Gastarbeitern die deutsche Staatsbürgerschaft zu schenken. Denn erst mit der Einbürgerung der Gastarbeiter begann das Elend der Islamisierung Deutschlands.

Bis zur Verabschiedung des rotgrünen Einbürgerungsgesetzes 1998 waren die türkischen Gastarbeiter in Deutschland weiterhin nur Türken. Sie durften zwar in Deutschland Geld verdienen und hatten dank einer verfehlten Sozialpolitik auch Anrechte auf Sozialhilfe und sonstige staatliche Almosen, wenn sie nicht arbeiteten. Außerdem hatte man vielen türkischen Gastarbeitern schon vor 1998 unbefristete Aufenthaltsrechte gewährt, so dass sie selbst bei dauerhafter Arbeitslosigkeit oder sogar Straftaten kaum außer Landes zu schaffen waren. Der Begriff „Gastarbeiter“ war also schon damals eine politische Lüge, um uns Deutsche in die Irre zu leiten und ruhig zu stellen.

Dennoch war die Anwesenheit dieser Leute in Deutschland in der Zeit vor 1998 zumindest theoretisch wieder rückgängig zu machen. Aufenthaltsrechte hätte man in irgendeiner Form eben doch eines Tages widerrufen können. Man hätte die Gesetzeslage zum Beispiel so ändern können, dass Gastarbeiter, die nicht arbeiten, wieder zurück in ihr Heimatland ausreisen müssten.

Diese Rechtslage vor 1998 hatte zwei ganz wesentliche Auswirkungen: eine politisch-strategische und eine juristische. Zum einen führte das wenn auch geringe, aber theoretisch weiterhin bestehende Restrisiko, eines Tages doch wieder in die geliebte Türkei zurück zu müssen, zu politischer Zurückhaltung und einer gewissen Scheinintegration der Türken. Die strategische Hauptzielsetzung der Gastarbeiter war ja, in Deutschland zu bleiben. Diese für die eigene persönliche Lebensplanung ungemein wichtige Zielsetzung führte bis 1998 noch zu einer gewissen Selbstdisziplinierung der türkischen Gastarbeiter und zum Bemühen um politische Unauffälligkeit. Es galt, den Bogen nicht zu überspannen, sich die Sympathien, die man im deutschen Establishment genoss, nicht zu verscherzen.

Zum anderen konnten die türkischen Gastarbeiter vor 1998 auch bestimmte Rechte gegenüber den Deutschen nicht geltend machen, solange sie aus juristischer Sicht nicht „gleichberechtigt“ waren. Ein gerichtlich durchsetzbares „Recht“ auf eine Moschee gab es nicht zwingend, solange man nur Gast in Deutschland war. Es gab daher vor 1998 keine nennenswerten Aktivitäten innerhalb der politischen Szene der türkischen Gastarbeiter, in Deutschland irgendwo Moscheebauten oder sonstigen islamischen Klimbim juristisch durchzusetzen.

Das rotgrüne Einbürgerungsgesetz von 1998 änderte diese Sachlage grundlegend. Politstrategisch gab es nun keinen Grund mehr, Zurückhaltung zu üben. Man war nun amtlich „Deutscher“ und daher dem Risiko, in die geliebte Türkei zurück zu müssen, nicht mehr ausgesetzt. Jede falsche Bescheidenheit war nun fehl am Platz, man konnte Forderungen stellen und seine nationalistisch-religiösen Neigungen unverhohlen austoben, bis

es krachte. Und genau das tat man: Moscheen, Kopftücher, kein Schweinefleisch im Kindergarten, Burka im Schwimmbad, das grausame, ekelhafte Schächten, Islamkunde an deutschen Schulen, Prügel gegen Christen, Judenhass.

Auch juristisch hatten die Deutschen nun keine Chance mehr, sich ihr Land zu bewahren. Über Nacht waren die türkischen Gäste zu einer von den Politikern künstlich geschaffenen nationalen Minderheit geworden, deren Rechte man plötzlich zu achten hatte. Genauso über Nacht wandelte sich die freundlich tolerante Duldung einer nahöstlichen Gewaltreligion durch die naiven Deutschen in einen knallharten Rechtsanspruch auf Ausübung dieser Religion seitens der nun amtlich ebenfalls zu „Deutschen“ erklärten Gastarbeiter. Wenn deutsche Christen Kirchen bauen dürfen, dürfen deutsche Mohammedaner natürlich auch Moscheen bauen. So einfach ist das, so einfach hat man die Deutschen 1998 ausgetrickst.

Hätte man die Deutschen je befragt, hätte man zum Beispiel eine Volksabstimmung über die Einbürgerung der Gastarbeiter durchgeführt, hätten die Deutschen vermutlich Nein gesagt – aus gutem Grund, wie wir heute wissen. Das war 1998 natürlich auch der rotgrünen Regierung bekannt. Um den Deutschen die Eindeutschung der Gastarbeiter gütlich zu verkaufen, hat man ihnen daher etliche Märchen aufgetischt: Die Türken würden sich besser integrieren, kaum dass sie einen deutschen Personalausweis besäßen. Die türkischen Gastarbeiterkinder könnten ja gar kein Türkisch mehr, die Armen, dafür sprächen sie ganz prima Deutsch, also müsse man sie nun hierbehalten. Die türkischen Gastarbeiter hätten auch keine Kontakte mehr in der Türkei und würden sich dort nie wieder zurechtfinden. Lügen über Lügen, wie wir heute wissen, aber die breite Masse der Deutschen hat diese Geschichten damals, von den Medien von früh bis spät ins Land posaunt, tatsächlich geglaubt.

Kaum hatte Kanzler Schröder die Türken eingebürgert, begann auch schon der islamische Spuk. Das türkische Religionsministerium in Ankara eröffnete eine Zweigstelle in

Köln, die DITIB, und begann mit der generalstabsmäßigen Planung von Moscheebauten. Moscheen sind nicht nur Machtsymbole, sondern auch organisatorische Kristallisationspunkte. Strategisch gesehen ist ein Moscheebau in einer deutschen Stadt daher immer der erste Schritt, um die örtlich vorhandenen islamischen Bewohner zunächst mit einem Symbol eigener Macht zu beeindrucken, anschließend zusammenzuführen, zu organisieren und zuletzt gezielt einsetzbar zu machen. Dieser Einsatz beschränkt sich derzeit auf noch eher symbolische Forderungen: den Gebetsraum in der Uni, das Kopftuch auf dem Amtsgericht, etc.pp.. Die Scharia oder gar ein eigener Staat sind *noch* kein Thema. Aber die strategischen Köpfe der eingebürgerten Türken und Araber in Deutschland beobachten das Spiel ganz genau: Bei jeder neuen Forderung weichen die Deutschen einen Schritt zurück, bis sie eines Tages mit dem Rücken zur Wand stehen werden.

Wie das 1998 angezettelte islamische Abenteuer in Deutschland ausgeht, ob es tatsächlich zum Bürgerkrieg kommt oder ob sich die Islamisierung eher schleichend vollziehen wird, ist heute noch nicht absehbar. Aber ohne die Einbürgerung der Türken 1998 würden wir uns heute diese Frage gar nicht stellen. Deutschland wäre auch heute noch ein friedliches, sicheres, deutsches Land. Denn wir könnten weiterhin all diesen Leuten, die uns mit ihrer religiösen Folklore und irgendwelchen Forderungen kommen, ganz einfach die Tür nach Hause weisen.

Dass wir dieser Möglichkeit beraubt wurden, verdanken wir der rotgrünen Bundesregierung von 1998. Genau gesagt, verdanken wir dieses Schicksal einem ganz bestimmten Mann: Gerhard Schröder. Verflucht sei dieser Name!